



Niederschrift

über die Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses 12/2008-2013 am 18.11.2010 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender
Ausschussmitglied

-"-

-"-

-"-

-"-

-"-

-"-

-"-

-"-

-"-

Kai Schmidt
Gerrit Biehl
Manuela Bock
Elisabeth von Bressensdorf
Rudi Hennecke
Bärbel Karp
Dorothee Köster
Volker Mittelstaedt
Margitta Neumann
Roswitha Ramcke
Peter Schöpf

als Gast zu TOP 3

Frau Strathen - DRK –

als Gast zu TOP 4

Frau Samel – Familienzentrum-

seitens der Verwaltung

Bürgermeister Torsten Thormählen
Frau Horn, Gleichstellungsbeauftragte
Frau Riemer, FBL 2
Frau Wiese, Protokollführerin

entschuldigt fehlt

AM Bärbel Heyn

Tagesordnung

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses 11/2008-2013 am 16.09.2010**
- 3. Bericht des DRK – Psychosozialer Dienst**



4. Mehrgenerationenhaus – Standortfrage
5. Berichtswesen
 - a) Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
 - b) Sozialbericht 2009
6. Unterrichtungen/Anfragen
7. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Köhlmann-Thater trägt vor, dass sich Beschwerden an den Schulen darüber häufen, dass Schulkinder nicht mit dem Schulbus abgeholt werden.

Herr Schmidt erklärt, dass dieses Thema inhaltlich nicht in den Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses gehört.

Herr Thormählen sagt zu, dass sich die Verwaltung um diese Sache kümmert.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:
„Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses 11/2008-2013 am 16.09.2010“

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben. Sie gilt damit als genehmigt.

Frau Köster führt aus, dass laut Protokoll zu TOP 7 zur Sitzung vom 16.09.2010 (auf Seite 6) familiengerechter Wohnraum durch Umbau der bislang vorhandenen Einzelzimmer zu 2 Wohnungen geschaffen wurde.

Ihr ist jedoch kein Beschluss zum Umbau und zur Kostenlage bekannt.

Zum Protokoll wird mitgeteilt, dass der Umwelt- und Planungsausschuss in seiner Sitzung Nr. 01/2008-2013 am 08.09.2008 unter Punkt 6 der Tagesordnung – Haushalt 2009 - u.a. die Mittelbereitstellung für einen Familiengerechten Umbau und für Sanierungsarbeiten in den Schlichtwohnungen im Heideweg 8 einstimmig beschlossen hat.

Punkt 4 der Tagesordnung wird einvernehmlich vorgezogen, da Frau Strathen zu diesem Zeitpunkt noch nicht anwesend ist.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:
„Mehrgenerationenhaus - Standortfrage“

Herr Thormählen erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Frau Samel berichtet über den aktuellen Stand. Sie erklärt die Notwendigkeit der Barrierefreiheit des Gebäudes und trägt vor, dass sofort nach Eröffnung des Mehrgenerationenhauses 2 Krippengruppen eingerichtet werden können. Es ist nach ihrer Aussage



unproblematisch, die dafür erforderlichen Genehmigungen vom Kreis Segeberg zu erhalten.

Im Anschluss beantwortet Frau Samel Fragen der Ausschussmitglieder.

Die von Frau Samel zusammengestellten Informationen zur Barrierefreiheit sind in der Anlage beigefügt.

Frau Köster trägt für die WHU-Fraktion vor, dass die Kosten der Asbestbeseitigung Sache der Gemeinde sind, da diese auch im Fall des Abrisses anfallen.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass erst die Kosten für das Vorhaben konkret bekannt sein müssen, bevor weitere Diskussionen zur Kostenbeteiligung möglich sind und eine Entscheidung zur Standortfrage getroffen werden kann.

Frau Samel wird gebeten, schnellstmöglich die Kosten für die Sanierung und Einrichtung der Krippe vorzulegen.

Es besteht Einigkeit, dass nach Vorlage der Kostenübersicht der Ausschuss das Objekt einige Tage vor dem nächsten Sitzungstermin besichtigt.
Ein zusätzlicher Sitzungstermin wird ggf. vereinbart.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Bericht des DRK – Psychosozialer Dienst“

Frau Strathen berichtet über die Arbeit beim psychosozialen Dienst des DRK. Sie beantwortet im Anschluss Fragen der Ausschussmitglieder.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Berichtswesen

a) Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

b) Sozialbericht 2009,,

a) Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Horn berichtet über ihre Arbeit und betont dabei besonders die Beratungstätigkeit. Der schriftliche Bericht der Gleichstellungsbeauftragten erfolgt zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung.

Die einzelnen Stichpunkte sind in der Anlage beigefügt.

b) Sozialbericht 2009

Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.
Seitens der Verwaltung werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Frau Horn schlägt vor, den Jugendhilfeplaner des Kreises Segeberg zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen. Dieser soll aufzeigen, welche und in welchem Umfang Leistungen der Kinder- und Jugendhilfeplanung in Henstedt-Ulzburg in Anspruch genommen werden.

Herr Schmidt äußert, dass dieses im zuständigen Kinder- und Jugendausschuss erfolgen sollte.



Frau Horn führt weiter an, dass es in Henstedt-Ulzburg im Bereich der Tagespflege für pflegebedürftige Menschen an Betreuungsplätzen mangelt.
Dieses wird diskutiert

Frau Köster bittet darum, im Sozialbericht zum Vergleich auch die Vorjahreszahlen darzustellen.
Seitens der Verwaltung wird erklärt, dass dieses ab dem Sozialbericht für 2010 erfolgen wird.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:
„Unterrichtungen/Anfragen“

a) Kündigung des Mietvertrages mit dem DRK

Herr Thormählen berichtet, dass im Rahmen der Ausbauplanung der Kindertagesstätte „Am Wöddel“ bereits Gespräche mit dem DRK darüber geführt wurden, den bestehenden Mietvertrag zu kündigen. Das DRK wird bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten unterstützt.

b) Anfrage zum Sozialbericht 2009

Frau Köster bittet darum, die Arbeitslosen- und die Beschäftigungsquote auch nach Männern und Frauen aufgeteilt darzustellen.

Zum Protokoll wird mitgeteilt, dass – wie aus dem Sozialbericht zu entnehmen ist – für Henstedt-Ulzburg keine Arbeitslosenquote ermittelt wird.

Nach Auskunft des Statistikamtes Nord beträgt Beschäftigungsquote, Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis einschließlich 64 Jahre, per 31.12.2009 für Männer 61 % und für Frauen 54 %.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Es werden keine Fragen gestellt.

gez. Kai Schmidt
(Ausschussvorsitzender)

gez. Anett Wiese
(Protokollführerin)

gesehen:

gez. Thormählen
(Bürgermeister)

Keine Barrierefreiheit für einen Neubau des Mehrgenerationenhauses



**Mehr
Generationen
Haus**

Die rechtlichen und bautechnischen Informationen des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen und der DIN.bauportal GmbH in Berlin geben nach den aktuellen Vorgaben für barrierefreies Bauen keine Möglichkeit für einen barrierefreien Neubau des Mehrgenerationenhauses im Baufenster hinter dem ehemaligen Kindergartengebäude in der Beckersbergstraße 55a. Durch die bestehende örtliche Zuwegungssituation, die Parkplatzmöglichkeiten und die Lage des Baufensters können die Vorgaben derzeit nicht erfüllt werden.

Gesetzesgrundlage: Barrierefreiheit

Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes

„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

§ 4 Bundesgleichstellungsgesetz (BGG)

Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, ... sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernisse und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind."

Definition:

„Barrierefreiheit“ bedeutet, dass jeder Mensch alles in dem Lebensraum, der barrierefrei gestaltet wurde, betreten, befahren und selbstständig, unabhängig und weitgehend ohne fremde Hilfe sicher benutzen kann.

Anforderungen an die Barrierefreiheit in Bezug auf Gebäude

- **Rollstuhlfahrer/innen**

Ebenerdiger Zugang oder Zugang über Rampe (Schwelle/Kante maximal 3 cm; Rampe weniger als 6% Steigung; Rampenlänge unter 6 Meter, ansonsten mit Zwischenpodest)

Alle Türen haben eine lichte Breite (Innenmaß) von mindestens 90 cm

- **Gehbehinderte Menschen**

Sitzgelegenheiten sind auf dem Weg zum Gebäude vorhanden
Sitzgelegenheiten befinden sich im Foyer

- **Sehbehinderte und blinde Menschen**

Mitnahme eines Blindenführhundes möglich

- **Behindertentoiletten**

Anzahl: 2 Toiletten zentral gelegen (z.B. im Foyer)

- **Erreichbarkeit**

Nächstgelegene Haltestelle des öffentlichen Personennahverkehrs zum Eingang:
150 bis 200 Meter

Entfernung vom Parkplatz zum Eingang: 50 - 100 Meter

- **Behindertenparkplätze**

Anzahl der gekennzeichneten Behindertenparkplätze (Breite 3,50 Meter) in
unmittelbarer Gebäudenähe: 2 Parkplätze

*Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Familie und Frauen/Stand Aug.2010*

Mündlicher Bericht der Gleichstellungsbeauftragten im Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschuss 12/2008-2013 am 18.11.2010
Tätigkeit im Berichtszeitraum 2009

Beratungsarbeit

- Gesamtzahl: 104 (in 2008: 138) mit 92 Personen (81 w / 11 m)
davon externe / interne Beratungen: 89 / 15
- Die häufigsten Beratungsanlässe betreffen die Themenbereiche Familie, Trennung / Scheidung und Arbeit / Beruf.
- Problematik der Häuslichen Gewalt. Hinweis über die beabsichtigte Kürzung der Landeszuschüsse bei den Frauenfachberatungsstellen (im Kreis Segeberg um 31 %) und deren Auswirkungen. Kreisweite Versorgung steht auf dem Spiel!
- Zunahme von seelischen Erkrankungen und psychosozialen Problemen bei Erwachsenen sowie Kindern und Jugendlichen – Notwendigkeit außerfamiliärer Betreuungs- und Beratungsangebote (Stichwort: Ausbau Schulsozialarbeit bzw. Sprechstunden mit externen Fachkompetenzen in den gemeindlichen Schulen).
- Kritik an restriktiver Bewilligungspraxis der Krankenkassen bzgl. Gewährung Mutter-/Vater-Kind-Kuren.
- Zunahme der Zahl der Alleinerziehenden – Problematik der mangelnden Datenlage, deutlich feststellbar ist eine steigende Tendenz. Hat hohe Relevanz für die Gemeinde hinsichtlich Kinderbetreuungsinfrastruktur, Wohnraumversorgung und öffentlichen Transferleistungen.

Öffentlichkeitsarbeit/Kontakte und Zusammenarbeit/Mitwirkung an Initiativen

- Erfolgreicher Infotag Wiedereinstieg am 30.10.2009, über 200 Besucherinnen. Situation der Berufsrückkehrerinnen: erhebliche Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt, Wiedereinstieg oft in Form von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen mit niedriger Bezahlung unterhalb der eigentlichen Qualifikation.
- Erhebliches Arbeitskräftepotential an qualifizierten erwerbsfähigen Frauen entlang der AKN-Achse bzw. in der Gemeinde, das trotz Fachkräftemangel nicht ausreichend genutzt wird.
- Beratungsstelle FRAU & BERUF leistet wichtige Arbeit, zweimonatliche Sprechstunden im Rathaus der Gemeinde (Gesamtzahl der Beratungen vom 1.1.09 – 30.06.10: 132, 85% der Frauen kamen aus H-U). Hinweis über Sparabsichten der Landesregierung – schrittweise Kürzungen in 2011 und 2012, ab 2014 soll die Förderung ganz eingestellt werden. Aus Gleichstellungssicht absolut kontraproduktiv – die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten fordern Landtag und Landesregierung dazu auf, das flächendeckende Angebot der Beratungsstellen zu erhalten.

Weitere Tätigkeitsbereiche siehe schriftlicher Bericht anlässlich der Gemeindevertretungssitzung am 14.12.2010. Die Mitglieder des Fachausschusses erhalten zeitgleich eine Ausfertigung zugesandt.

gez. Horn